

Abonnements

Werden beim Verlag und besten bekannten Agenten entgegen genommen, und zwar zum voraus zahlbar

Der Sozialdemokrat

Ersteinst wöchentlich einmal in London. Verlag der German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N.W. 114 Kentish Town Road.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

№. 11.

Bestellen an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der nachstehenden Vorschriften abgeben lassen.

15. März 1890.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemahregelten nicht!

Zum achtzehnten März.

Noch erfüllt von dem Eindruck der glänzenden Siege des sozialistischen Deutschland, gedenken wir heute, am Jahrestage der revolutionären Volkserhebungen des neunzehnten Jahrhunderts, am Gedenktage der Vorkämpfer des nach Emanzipation ringenden Proletariats, dankbarer als je an jene Erhebungen, an alle Kämpfer zurück, die uns die Wege gebahnt, auf denen wir heute vorwärts streben.

Wir gedenken vor allen Dingen Eurer, ihr Kämpfer des Völkerfrühlingsjahres 1848. Ihr kühnen Streiter von Paris, die ihr das Bürgerthum zwangt, Revolution wider seinen Willen zu machen.

„Rückt die Linie: Schuß auf Schuß! Und immer frisch geladen! Doch dies ist ein Volk wie aus Eisenstahl, Stützen Karren um und Omnibus — Das sind die Barrikaden!“

fang damals der Dichter, und

„Ca ira, Ca ira, die Blouse steigt, O Vorkämpfer St. Antoine!“

Ja, die Blouse siegte, denn das Junkkönigthum war reif zum Verfall, aber bald mußte auch sie wieder in den Hintergrund treten. Sie war noch nicht reif zur Herrschaft. Sie hatte die Republik ertrotzt und als soziale Republik proklamirt. Aber das, was dieses Wort wirklich bedeutete, stand, wie Marx es treffend ausdrückt, „in sonderbarstem Widerspruch zu Allem, was mit dem vorliegenden Material, mit der erreichten Bildungsstufe der Masse, unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen zunächst unmittelbar ins Werk gesetzt werden konnte.“

Das Brechen jedes Stabes, Ach, über Euch, die werth ihr seid des lorbeerreichigen Grabes: Ihr — Junkkämpfer von Paris! Ihr Siegenden Geschlagener!“

Wir gedenken Eurer, denen er diese Worte in den Mund legt, ihr Todten des 18. März in Berlin. An Euch und Eure Kampfgenossen, die ihr Leben einsetzten, um dem verrotteten Polizei-Absolutismus in Deutschland ein Ende zu machen. Ihr habt ihn nicht erschlagen, aber ihr habt ihm Schläge versetzt, von deren Wucht er sich nie wieder erholt hat.

Es ist gar Manches im Völkerfrühlingsjahr 1848 geschehen, was dem Geschichtschreiber des Volkes Anlaß zu berechtigter Kritik bietet, die Unerfahrenheit, Vertrauensseligkeit und, um nichts zu beschönigen, Unklarheit, verleitete die Masse zu vielen verhängnißvollen Mißgriffen. Aber das soll uns das Andenken an dieses ereignisreiche Jahr nicht trüben, uns nie vergessen machen, wie viel wir ihm verdanken.

Achtzehnhundertvierzig und acht, Als Du gerst von der nächstlichen Schlacht, Waren es nicht Proletarierleichen, Die Du, Berlin, vor den zitternden, bleichen Vorhaupt grühenden Kaiser gebracht, Achtzehnhundertvierzig und acht!“

Er hatte alles zerschmettern lassen wollen, was sich seinen allerhöchsten Verfügungen zu widersetzen wagte, und nun mußte er, demüthig grüßend, den Hut ziehen vor den Leichen Derer, die in seinem Namen getödtet worden. Und derjenige, der am lautesten dem „Zerschmettern“ das Wort geredet, mußte bei Nacht und Nebel in schmählicher Verkleidung nach England entfliehen.

Freilich, er konnte schon nach einigen Monaten wieder heimkehren; noch weniger als das französische Volk war das deutsche reif, die volle Freiheit zu erringen, „die ungetheilte, ganze“.

es blieb auf halbem Wege stehen und gab den reaktionären Elementen Zeit, sich zu sammeln und zu neuen Schlägen auszuholen. Auf den März, der „trotz Regen, Schnee und alledem“ den Herrschenden so heiß gemacht, folgte ein Juni, da es „Blüthen schneite“ und doch „ein schönder scharfer Winterwind“ die Herzen der Beherrschten durchfröstelte.

Das ist der Wind der Reaktion Mit Rechtthum, Reich und alledem! Das ist die Bourgeoisie am Thron — Der annoch sitzt, trotz alledem!“

klagte der Dichter und legte den Todten die feierliche Mahnung an die Lebenden in den Mund:

„O, nicht gerüstet! Seid bereit! O, schaffet daß die Erde, Darin wir liegen starr und starr, ganz eine freie werde! Doch fürder der Gedanke nicht und fideren kann im Schlafen: Sie waren frei: doch wieder seht — und ewig! — sind sie Sklaven!“

Nein, sie werden nicht ewig Sklaven sein. Eine neue Generation ist herangewachsen und sie hat das Erbe der Märzkämpfer voll und ganz übernommen. Sie fußt auf den Errungenschaften, für die jene gestritten und gelitten, und sie betrachtet es als ihre heilige Pflicht, das begonnene Werk fortzusetzen und nicht zu rasten und zu ruhen, bis es vollendet ist. Die Formen des Kampfes sind heute andere als sie damals waren, und sie werden vielleicht morgen andre sein als sie heute sind — was kommt es darauf an? Das Ziel und der Geist der Kämpfenden ist alles, und nicht nur der Kampf auf der Barrikade, auch der politische Kampf mit der Waffe der Koalition und des Wahlrechts hat sein Dasein gefunden. Die einmündige Viertel Million sozialistischer Stimmen, die am 20. Februar aus der Wahlurne hervorgingen, sind das Ergebnis einer Agitation, die ohne die hohe Opferfähigkeit und Unerblichkeit unter der Masse der deutschen Arbeiter unmöglich gewesen wäre. Tausende und Abertausende setzten ihre ganze Existenz, alles was ihnen theuer ist, daran, um dieses große Resultat zu ermöglichen. Die Namen der Wenigsten von ihnen werden der Mit- und Nachwelt bekannt, ohne Aussicht auf Ruhm und Ehren verrichten die Braven ihr Werk — sie wissen, daß Niemand nach ihnen fragt, wie Niemand sich um die Namen der einzelnen Kämpfer auf der Barrikade kümmert. Ehre diesen Lebenden! Wäre uns die Gabe des Dichters verliehen, wir würden in ihrem Namen heut den Todten auf ihre schmerzliche Klage die fröhliche Antwort geben:

„Wir werden frei sein, denn wir wollen frei sein!“

Wir gedenken nicht minder der Kämpfer und der Märtyrer der Pariser Kommune des Jahres 1871. Sie, die in Frankreich die Anschläge der Feinde der Republik zunichte gemacht, haben durch ihren Opfertod der Arbeiterbewegung aller Länder einen neuen Anstoß, in den meisten auch einen neuen Inhalt gegeben. Jede große Aktion des Proletariats ist heute international, auch wenn sie sich formell im nationalen Rahmen abspielt; sie ist international in ihren Wirkungen. So ist der Jahrestag der Erhebung des sozialistischen und revolutionären Paris gegen das in Versailles vertretene kapitalistische Junkerthum ein Gedenktage der Sozialdemokratie aller Länder, wie der 20. Februar 1890 ein Feiertag ist für die klassenbewußten Arbeiter der ganzen zivilisirten Welt. Wir wissen uns, indem wir dies schreiben, von jeder nationalen Ueberhebung frei; sind wir uns doch zu gut dessen bewußt, daß die Perioden des Aufschwungs der Bewegung sich nicht in allen Ländern decken, weil die Umstände, die ihn befördern, nicht gleichzeitig zusammentreffen. Wenn wir die internationale Bedeutung des 20. Februar hervorheben, so sprechen wir damit nur eine Thatsache aus, die allerorts anerkannt wird, und nirgends vielleicht neidloser und rüchhaltloser als bei unseren französischen Gefinnungsgenossen, bei den Landesleuten der Kommune kämpfer. Sie erblicken in ihm auch eine Art Sühne für die Macheopfer der Reaktion an dem Pariser Proletariat. Und sie haben Recht. Ohne das furchtbare Gemetzel der Maiwoche und die internationale Day gegen die Sozialdemokratie wäre dieser grandiose Sieg wohl schwerlich erkämpft worden. An dem Vorbild der Märtyrer der Kommune hat die deutsche Sozialdemokratie sich gestärkt, unter ihrem Zeichen ist sie groß geworden, und so legt sie heute dankbar einen Kranz auf ihr Grab:

Nicht umsonst hast du gelutet, wackeres Volk am Seinestrand, Das Gedächtniß deiner Thaten wandelt um durch alle Lande: Was du lästest, reißt zur Erde, trotz Gewalt und Blut und Eisen, Trotz Verläumdung, Spott und Lüge — — —

Triumphirend wird die Menschheit preisen dich in späten Tagen Als die Ersten, die das Banner einer neuen Zeit getragen.“

Und nun zu Euch, ihr Pioniere der Freiheit im Lande der ärgsten Tyrannei, ihr unerhördeten Unterminierer des Zaren despotismus, ihr Helden des revolutionären Rußland, die ihr das Schimpfwort „Nihilisten“, mit dem ein stupides Polizeiregiment euch zu brandmarken suchte, zu Ruhm und Ehre gebracht habt! Auch für Euch ist der März ein Monat des Gedenkens. Es war ein Märztag, an dem der mächtigste Despot der Welt, der absolute Herrscher über das größte Reich, sich unter gräßlichen Schmerzen am Boden wand, getroffen von der Hand Derer, die seine grausame Unterdrückungspolitik zur äußersten Verzweiflung getrieben. Sie, die es übernommen, dem Despotismus diese blutige Lehre zu erteilen, wußten, daß sie selbst dabei zu Grunde gehen würden, und doch zögerten sie keinen Augenblick, das zu thun, was sie im Interesse der Freiheit ihres Volkes für geboten hielten. Und sie sind dabei zu Grunde gegangen. Mit einem Heroismus, der in der Geschichte aller Zeiten unübertroffen dasteht, bestiegen ein Schellaboff, eine Sophie Perowskaja und ihre Genossen das Schaffot, wie es vor ihnen so viele ihrer Mitstreiter gethan, und nach ihnen leider noch so viele thun sollten. Denn sie hatten wohl den Einen Despoten aus der Welt schaffen können, aber der Despotismus ist trotzdem geblieben. Noch heute wüthet der Zarismus in Rußland mit unmenschlicher Tyrannei. Ertränkte doch in diesen Tagen wieder ein Schrei

der Entrüstung durch die ganze zivilisirte Welt über die barbarische Mißhandlung politischer Gefangener Seitens der Schergen des Zaren. Wird auch dieser Schrei wirkungslos verhallen? Soll all das edle Blut wirklich vergebens geflossen, sollen all die zerstörten Leben umsonst geopfert sein?

Nein, auch diese Saat wird ihre Früchte bringen. Immer und immer wieder wird das Beispiel der vielen Helden — der namenlos Gefallenen, wie der in aller Gedächtniß Lebenden — neue Kämpfer entflammen, immer wieder wird sich der Menschengeist auflehnen gegen die empörende Anechtung und Mißhandlung seitens der Werkzeuge eines wahnsinnigen Systems, und ein immer größeres Echo wird ihr Protest in der Außenwelt finden, immer mehr wird der Boden des Zarenregiments unterwühlt werden, bis endlich der Tag kommt, wo „auch der Kiewa Blöde thau'n“. Dann mögen sich des Dichters Worte erfüllen:

„Abwärts durch Schnee und Schollenwerk drängt sich und macht sich Bahn der Frost! Die letzten Spuren seiner Schmach maht er und türmt er kurz und klein — Und kühlet groß und ruhig dann in's ewig freie Meer hinein.“

Den Namen unsres großen Lehrers Karl Marx, der am 14. März 1883 die Augen für immer schloß, glauben wir heute, am Tage nach dem gewaltigen Wahlsieg unserer Partei, nicht besser gerecht werden zu können, als wenn wir einen Satz wiederholen, den er vor jezt 20 Jahren, am Vorabend der Schlacht von Sedan, an den damaligen Ausschuß der sozialdemokratischen Partei schrieb. \*) Er zeigt, wie weit dieser große Denker sah, und mag uns zugleich in der Freude über unsern Sieg als ein Mahnwort dienen:

„Dieser Sieg hat den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt. Damit hastet größere Verantwortung auf der deutschen Arbeiterklasse.“

Zum 20. Februar.

In Nachstehenden bringen wir noch weitere Glückwunschsadressen und Prestimmungen zum Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie zum Abdruck: — Dem Central-Wahlkomitee der deutschen Sozialdemokratie sind noch folgende Glückwunsch-Depeschen zugegangen:

Die Sozialisten von Galais, verammelt, um den Triumph der deutschen Sozialisten zu feiern, und um die Demonstration für den 1. Mal etc. zu organisiren, geben dem Gefühl der Solidarität an dem Siege herzlichen Ausdruck.

Delcunze, Salembier, Manoubrier, Stadträthe, Delegation zum Kongress.

Die ungarländische Arbeiterpartei entsendet den Sozialdemokraten Deutschlands ihren herzlichsten Glückwunsch zu den ohne gleichen dastehenden Wahlsiegen; nie hat die Welt ein glorreicheres Schauspiel gesehen! Wir schöpfen aus demselben neue Kräfte und frische Begeisterung für den Emanzipationskampf der Arbeiter aller Länder! Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

— Von der „Bloomsbury Socialist Society“ geht uns folgende in der Sitzung vom 7. März beschlossene Resolution zu:

„Die heutige Verammlung der „Bloomsbury Socialist Society“ sendet den deutschen Sozialisten ihren Glückwunsch zu ihrem großartigen Erfolg bei den letzten Wahlen, insbesondere Angesichts der Bemühungen des Kaisers, die Zahl der sozialistischen Stimmen zu verringern.“

— Einen hochinteressanten Brief des russischen Revolutionärs Stepulak über den Einfluß der deutschen Wahlen auf die Freiheitsbewegung in Rußland, der uns leider für diese Nummer zu spät zugeht, bringen wir in nächster zum Abdruck.

— Die „New-Yorker Volkszeitung“ schreibt:

„Trotz zehnjähriger Verfolgung, trotz tausendjährigem Gefängniß, trotz Verbannung vieler Hunderte ihrer eifrigsten Vertreter steht die deutsche Sozialdemokratie als Siegerin dem Zarenthum gegenüber, das erblichend den Thron erschüttert sieht. Aufrecht und unbegrenzt steht sie da, die deutsche Arbeiterklasse, als Vertreterin des revolutionären Prinzips und ruft ihren Verfolgern ein trotziges: „Ich war, ich bin, ich werde sein“ entgegen. Das Nieder mit dem Zarenthum ist nie deutlicher vor den Thoren des Kaiserpalastes ertönt, als durch die Abgabe von 125,000 sozialdemokratischen Stimmen in der Hauptstadt des Kaiserreichs.“

Der 20. Februar 1890 ist ein Siegestag für das Proletariat nicht nur Deutschlands, sondern für das der ganzen Welt. Volk Erwartung sehen die Arbeiter aller Länder dem Kampfe zu, den die deutschen Sozialisten für die gemeinsame Sache führen. Der Sieg, der in Deutschland errungen wurde, wird sie veranlassen, den deutschen Sozialisten nachzueifern, um gleiche Erfolge für die gemeinsame Sache zu erkämpfen.

Die Sozialdemokratie auf dieser Seite des Atlantik, unter der sich so Viele befinden, die einst drüben in den vorerzählten Reihen mitkämpften, und von denen Hunderte durch die Gewaltthäter aus ihrer Heimath verjagt wurden, sie jubeln laut ihren kämpfenden Genossen in der alten Heimath zu, und soweit es in Amerika deutsche Arbeiter gibt, schallt donnernd vieltausendstimmig der Ruf:

„Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!“

\*) Der ganze Brief findet sich abgedruckt im Leipziger Hochverraths-Prozess vom Jahre 1872, S. 317—19.

— Unter dem Titel „das innere Sedan“ schreibt das „**Wohlfahrt**“:

„Mit der Parole: „Nieder mit Sozialdemokratie“ zog man in's Feld. Der ganze gewaltige Apparat der Regierung, verstärkt durch einen Ausnahmestand, der den Gegner lähmen sollte; die ganze Macht des Ausbeutertums, das den Terrorismus gegen die Arbeiter in unerhörter Weise betreibt; das ganze „Patriotenthum“, das man in den „Kriegervereinen“ heranzüchtete, und endlich die vom Papst und von den Bischöfen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie, als gegen den gefährlichsten Feind der Kirche, aufgestachelte Mierseel — alles das zog zu Felde gegen die Sozialdemokratie; lächerlich, drohend und lödend zugleich, jede Autorität in Anspruch nehmend, die überhaupt gegen Volkswaffen verwendbar ist.“

„Und das Resultat: ein glänzender Triumph der von allen Seiten verfolgten und geduldeten Partei des arbeitenden Volkes. Ein Sieg, der so unbestreitbar ist, daß gar nicht versucht werden kann, ihn zu verteidigen.“

„Die Sozialdemokratie hat im ersten Anlauf dreifach so viel Mandate erlangt, als sie bei den letzten Wahlen hatte; sie hat die besten Kräfte, im nächsten Reichstag auch in dreifacher Stärke aufmarschieren. Ihre dominierende Stellung in der Reichshauptstadt ist nunmehr festgesetzt.“

„Nicht weniger aber als dieses ist die vom Telegraphen behauptete Verdoppelung der sozialdemokratischen Stimmen im Reich. Das übersteigt die ältesten Hoffnungen der Optimisten. Es unterlag ja kaum einem Zweifel, daß die aufklärten Arbeiter sich durch Willensdrucke nicht lassen lassen und daß der Bestand der Partei gewahrt werden würde — etwas, was vielleicht in keinem anderen Lande der Welt unter solchen Umständen zu erhoffen gewesen. Schon die Behauptung ihres Bestehens hätte demnach als ein Erfolg angesehen werden müssen.“

„Und nun erklären sich statt der dreiviertel Millionen von 1887 anderthalb Millionen deutsche Wähler für die Sozialdemokratie! Das ist, statt eines Zehntels, ein Fünftel der gesamten von ihrem Recht Gebrauch machenden Wählerschaft. Sie läßt mit einem Ruck die „freisinnige“, die „freikonservative“ und „konservative“ Partei, sehr wahrscheinlich auch die „national-liberale“, hinter sich, um nur noch von der wohlgeübten Armee der Schwarzen erreicht zu werden. Und auch das mag zweifelhaft sein.“

„Das wäre also das Resultat der Wahl von 1890: der Sturz des Kartells, die glänzendste Bemühung des kaiserlichen Agitators und der glänzendste Triumph der Sozialdemokratie!“

— Die „**Freie Schuhmacher-Zeitung**“, Organ der Schuhmacher-Deisterer, schreibt u. A.:

„Somit beglückwünschen wir unsere braven Genossen in Deutschland auf das Herzlichste zu den erlangten Siegen! Wenn wir auch nicht mitkämpfen konnten, so waren wir doch im Geiste bei ihnen und jeder Schlag unseres Herzens war dem Gelingen dieser gerechten Sache geweiht. Es ist gelungen! Ja, es ist gelungen durch die Tapferkeit unserer Brüder, das Banner der wahren Freiheit und Menschlichkeit hochzuhalten! Es flattert! Ein Hoch der deutschen Sozialdemokratie!“

— Der **St. Galler „Stadt-Anzeiger“** schreibt:

„So ist auch unserer schweizerischen Freiheit durch die neuesten Ereignisse ein Alp von der Brust genommen.“

„Diese Ereignisse involvieren aber auch eine Verurteilung jener Politik, welche im Dienst der kapitalistischen Interessen die internationale Demagogie des Geldes, des Grundbesitzes und Börsenbörrentums ruhig gewähren läßt, jede Thätigkeit im Dienst der politischen und sozialen Volksbefreiung dagegen als Unmoral und staatsgefährliche Wähler-Brandmarke, jener schweizerischen Politik der Schwäche, welcher das Wohlgefallen der Despoten, was man „gute Beziehungen zu fremden Mächten“ nennt, höher steht, als das angefallene Recht, als die göttliche Mission der Republik, ein Hort der verjagten Freiheit zu sein. Für denjenigen aber, der auch in der Weltgeschichte an einen Sieg der Ideale glaubt, sind diese Tage erfreulich und frohsinnig. Sie sind ein Sonnenblick in trüber Zeit. Sie lassen ahnen, daß doch die Freiheit härter ist, als alle ihre Bedrücker, das Recht doch mächtiger, als alle Gewalt der Tyrannei, daß, ob auch zeitweise verhängt von „Bürokraten und dunklen Mächten“ oder von schwarzen Diplomatenfrack, doch das Licht vom Himmel sich nicht verdrängen läßt, sondern immer wieder das Dunkel durchdringt mit seiner Siegeskraft.“

„Wieder einmal leuchtet es aus den Wolken und tritt in Flammenschrift vor die Menschheit hin: die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“

Siehst du dort am Himmel  
Die Sonne untergehen? So gewiß  
Sie morgen wiederkommt mit ihrer Klarheit,  
So unausbleiblich kommt der Tag der Wahrheit!“

— Dem „**Schweizerischen Sozialdemokrat**“ ist es nicht recht, daß wir den Sieg der deutschen Sozialdemokratie eine Festnummer gemeldet. Er schreibt:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat sich sicher um die Sache des Sozialismus und damit um die ganze Menschheit durch ihre großartige Agitations- und Organisationsarbeit und ihre tapfere Haltung verdient gemacht. In dessen Scheitern und demnach, sie sollte sich nicht so sehr „hulbig“ lassen, noch weniger ein Protokoll des Jubelgongolasses herausgeben, wie es die heutige Nummer des „Sozialdemokrat“ dem Vorprechen in der letzten Nummer wohl bringen wird. Das rüchert doch noch stark bürgerlich. Wenn es auch gut auf die Wägen der deutschen Genossen wirken mag, so wäre es doch wohl besser, wenn die Sozialdemokratie auf solche Mittel der Einwirkung auf die Massen von vornherein verzichtete. Sonst erleben wir noch am Ende einen Byzantinismus der Sozialdemokratie.“

„Unser Schweizer Kollege gibt sich unnötigen Befürchtungen hin. Wenn, wie er selbst jagt, die deutschen Sozialisten den Dank der Sozialisten aller Länder verdient haben, wenn überall sich der Wunsch kundgibt, ihnen diesen Dank auszudrücken, wie kann es da ein Unrecht sein, ihnen die Zeichen des Dankes und der Anerkennung der ausländischen Genossen zugänglich zu machen? Umgekehrt, es wäre Pflichterfüllung gewesen, hätten wir es nicht getan. Die deutschen Genossen sollen sich ihres Sieges freuen, sie sollen wissen, daß ihre Brüder im Auslande mit Stolz auf sie blicken, und aus ihrem Siege Anerkennung und Ermächtigung geschöpft haben, denn dieses Bewußtsein wird sie nur stärken in der Gutschaffenheit, unabhängig weiter zu kämpfen, und sie alle Opfer um so freudiger aufnehmen lassen, die der Kampf noch erfordert.“

### Sozialpolitische Rundschau.

London, 12. März 1890.

— **Nicht 17, bezw. 16** — wie wir, auf Grund der bis dahin eingelaufenen Nachrichten, in voriger Nummer geschrieben — sondern nur **15** beträgt die Zahl der Siege, welche unsere Partei bei den Stichwahlen erobert hat. In Weingarten II. (Sonnenberg-Saalefeld), von wo Anfangs die meisten Stimmen einliefen, brachten die anwesenden Wähler so große Mehrheiten für den freisinnigen Ordnungskandidaten Witte, daß schließlich doch noch ein Mehr von 10 Stimmen für diesen herabgewählt werden konnte, und ähnlich ging es im Wahlkreis **Ramberg-Eisenfeld**. Leipzig. Es sind demnach die Namen der Genossen **W. Hoffmann** und **W. Hoffmann** für diesmal noch von der Liste der gewählten Abgeordneten zu streichen.

Es ergibt sich nunmehr, nachdem aus sämtlichen Wahlkreisen die amtlich festgestellten Resultate vorliegen, folgendes Gesamtbild der Parteien im deutschen Reichstage:

	1887	1890	Zunahme	Abnahme
Konservative und Freikonservative	120	91	—	29
Nationalliberale	100	42	—	58
Katholiken	1	4	3	—
Bismarcksches Kartell	221	137	—	84
Ultramontane	101	107	6	—
Freisinnige	82	69	37	—
Sozialdemokraten	11	35	24	—
Polen	13	16	3	—
Welfen	14	10	—	4
Welfen	4	12	8	—
Demokraten	0	10	10	—
Dänen	1	1	—	—
Dyppositionsparteien	176	280	84	—

Das bisherige Kartell ist also unrettbar verloren, es vertritt mit Hinzurechnung der Katholiken, knapp ein Drittel der Reichstagsstimmen. Für ein konservativ-ultramontanes Kartell wäre formell die genügende Stimmzahl vorhanden: 107 Ultramontane, 91 Konservative und 4 Katholiken, die in diesem Falle wahrscheinlich mitmachen würden, macht im Ganzen 202 Stimmen, während zur absoluten Mehrheit nur 198 Stimmen gehören. Nun liegen aber unter den 91 Konservativen etwa 20 Freikonservative, die von dem kirchlichen Programm der Ultramontanen nichts wissen wollen, und unter den Letzteren befinden sich mindestens 30 bis 40, wenn nicht noch mehr Abgeordnete, die auf ein liberalliberal-demokratisches Programm hin gewöhlt sind und daher nicht für die junkerlich-agrarischen Forderungen stimmen können, ohne sich mit ihren Wählern in Widerspruch zu setzen. So ist auch das Zustandekommen dieses Kartells recht zweifelhaft geworden.

Wählt das ultramontan-freisinnige Kartell. Schon mit Hinzurechnung der Welfen zum Zentrum und der Demokraten zum Freisinn gebietet es über die absolute Mehrheit. Es kann aber auch in den meisten Fällen auf die Stimmen der Polen und Welfen rechnen.

Indes das Zentrum ist zum großen Teil schutzjüdisch, der Freisinn dagegen freihändlerisch, und so ist auch diese Koalition sehr problematisch, zumal sobald es sich um die Herstellung einer Regierungsmehrheit handelt.

Eine solche wird es in diesem Reichstag höchstens „von Fall zu Fall“ geben, und jedesmal wird es dabei in den maßgebenden Parteien einen Reib- und eckige „Umfälle“ geben. Findet sich für Bismarck oder seinen Nachfolger nicht bald eine Gelegenheit zur Reichstagsauflösung, so dürften verschiedene dieser Parteien, die ohnehin nur noch mühsam zusammengehalten werden, vielleicht ganz aus dem Reim gehen, was natürlich durchaus kein Schade wäre.

— Die **Stichwahlen** — schreibt man uns aus Deutschland — haben uns noch **15 Mandate** gebracht, d. h. ein Viertel der Stichwahlen ist günstig für uns verlaufen, was ein sehr gutes Resultat ist. Nur Illusionäre, oder der Verhältnisse Unkundige, konnten erwarten, daß uns mehr Mandate in den Schoß fallen würden. Die Thatsache darf nicht aus den Augen gelassen werden, daß bei den Stichwahlen in der Regel eine Koalition der bürgerlichen und reaktionären Parteien gegen die Sozialdemokratie zu Stande kommt. Während die übrigen Parteien insgesamt im Kampf gegen uns auf die Unterstützung aller anderen Parteien zu rechnen haben, sind wir einzig auf die eigene Kraft angewiesen. Das liegt nun einmal in der Natur unserer Partei und in ihrer natürlichen Stellung zu den übrigen Parteien, die ausnahmslos auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehen, und darum annehmbar und prinzipiell feindselig sind.

So haben die Deutschfreisinnigen oder Fortschrittler, die ungefähr dreimal so viel Mandate erobert, denn sie wurden in jedem Fall von den andern Oppositionsparteien unterstützt. Und was insbesondere uns Sozialdemokraten anbelangt, so haben wir durch unser Eintreten für die deutschfreisinnigen Kandidaten den Deutschfreisinnigen mehr Mandate verschafft, als wir bei den Stichwahlen im Ganzen für uns selbst erobert konnten. Unsere Genossen haben die Lage der Dinge überall richtig erfasst und auch da, wo es ihnen aus persönlichen oder lokalen Gründen recht unsympathisch war, bei den Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten für den Kandidaten der Oppositionsparteien gestimmt — vorausgesetzt, daß derselbe sich auf die in der Ansprache unseres Zentralkomitees ausgesprochenen Forderungen verpflichtete. Umgekehrt haben dagegen die Deutschfreisinnigen oder ihr partikularistisches Schwanzgelenk: die Volkspartei nirgends geschlossen für uns gestimmt, auch wenn die „Führer“ sich die größte Mühe in diesem Sinne gaben. Der Klassen-Instinkt ist härter als die Parteidisziplin, die ohnehin bei den Deutschfreisinnigen so ziemlich alles zu wünschen übrig läßt. Wir hatten das von Anfang an gewußt; und unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen wird die Sozialdemokratie wiederum genau ebenso handeln. Wir sind keine Schachpartei, die ihre Dienste gegen Gegenstände verkauft — wir handeln einfach so wie die Parteiprinzipien und das Parteinteresse es uns gebieten; und wenn wir Gegner unterstützen, so geschieht es nicht um jenen, sondern um uns einen Vortheil zu sichern.

Die Kartellparteien haben an 90 Mandate verloren, sie zählen zusammen (die beiden konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen) ungefähr 125 Mann, bilden also nicht einmal ein Drittel des Reichstags. Aber auch eine Allianz mit der agrarisch-junkerlichen Hälfte des Zentrums — die höchstens aus 60 Mann besteht — würde ihnen keine Majorität verschaffen. Und das ist gut. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die reaktionären Parteien, wenn sie auch von „der Klasse der Gleichgebungen“ entfernt sind, doch noch immer in der Regierung sitzen und das Heft in der Hand haben. Und es wäre Tollheit, wollten wir glauben, diese modernen Kandidaten würden freiwillig aus ihren warmen, wohlwollendsten Hamstern herausgehen und so ohne Weiteres auf die angenehme Arbeit der Staatsverwaltung verzichten. Es wird lange und heftige Kämpfe kosten, ehe der Staat von diesen Parasiten gereinigt ist; und so sicher ein Konflikt zwischen Regierung und Reichstag oder richtiger zwischen Regierung und Volk auch schließlich mit der Niederlage der Regierung endigen wird, so unglücklich ist die nächste Zukunft.

Einzuweisen wissen wir nur, daß in den Regierungskreisen die Bewunderung fortwährend steigt, und daß die sogenannte „Kanzlerkrise“ in Permanenz ist und so lange in Permanenz sein wird, bis der schnapsjunkerliche Oberdemagog und Ex-Hausmeister den Laufpaß erhalten hat.

Bismarck hat nicht umsonst sein Desorganisations-Genie 28 Jahre lang an Preußen und preussisch Deutschland geübt — es ist alles aus dem Reim, das schönste Gächel, wie die Franzosen ein solch schmerzliches Chaos zu nennen pflegen. Und, um der Anarchie die Krone aufzusetzen, will der Reichstatter allen Krusten ein sozialer Kaiser werden. Die rheinisch-westphälischen Kohlenbarone, die ihm jetzt sogar seinen Verehrer Hamacher als einen staats- und gesellschaftsfeindlichen Umstürzer, zwar nicht mit abgetrennten Ohren — nach Art der Sklaven — aber doch mit abgetrennten Wänden\*) heimschickten, haben keinen Jörn auf das Gemüthliche erregt. Der junge Hohenzoller träumt von einem sozialistischen Jungbrunnen, aus dem die alternde Jagdbrosche die Jugend und Kraft schöpfen könne. Aber vor dem Jungbrunnen liegt der Trage der Sozialdemokratie, den er hoßt und fürchtet.

Was faire? Ja, liegt die Sozialdemokratie sich wegzulassen, oder „über den Haufen schieben“, oder „auf die Straße bringen“, oder „erschmeitern“, wie das höchste kaiserliche Kraftwort lautet, dann ginge Alles gemäßlich und wie am Schnürchen. Allein die böse Sozialdemokratie, die nach Währigem Ringen den „Herkes des neunzehnten Jahrhunderts“ in den Sand gestreckt hat, demt nicht daran, das Feld zu räumen, oder sich aus dem Wege räumen zu lassen! — Und da wird's wohl mit dem Zuckerbrod und der Paute versucht werden. „Wer mich in meinem Wert unterstüzt, der ist mir willkommen, wer in mir er sei — wer mich entgegnet, den erschmeitere ich!“

H. H. Das rüchert ja nach Trachten! Nun, die Sozialdemokraten haben keinen Grund, dem Sozial-

\*) Er mußte sein Amt als Vorsitzender des rheinisch-westphälischen Grubenbesitzer-Vereins niederlegen.

Kaiser entgegenzutreten, so lange er an der Verwirklichung ihres Programms arbeitet. Wenn er die „erschmeitern“ will, die ihm entgegen treten, dann „erschmeitere“ er die rheinisch-westphälischen Kohlenbarone und Schlotjunger, und das übrige Kapitalisten- und Kartellvolk. Wir klatschen ihm Beifall.

— Die **Recht Friedrich Engels** hatte, als er in seinem Briefe „Was nun“ von den „Regierungsjahrgängen-Träumen“ in der Reichs- und „Deutsch-Freisinnigen“ sprach, die schon wieder an den Sargdeckel pochen, daß er liegt bereits ein wahrhaft klassischer Beleg vor. Der konservative Professor Hans Delbrück hatte in den „Preussischen Jahrbüchern“ eine Betrachtung über die Regierungsfähigkeit des Freisinnigen angestellt und gemeint, man brauche sich die Häuel, Brömel, Goldschmidt, Siemens, Hoffmann und Jelle nur einmal anzusehen, um die Gebelinen Rülhe und Minister der Zukunft zu erblicken, als auch sofort in der freisinnigen „Neuen Stettiner Zeitung“ dieser „Führer“ folgendermaßen beantwortet wurde:

„Inwiefern die Gedanken des Herrn Delbrück von der Regierung geteilt werden, muß natürlich abgewartet werden. Die freisinnige Partei steht treu zu Kaiser und Reich, sie steht auch der Reichsregierung nicht prinzipiell gegenüber. Sie ist überall allenthalben bereit, die Hand zur positiven Mitarbeit zu bieten, auch ohne daß sie ihre äußere Einheit löst. Sie wird zu allen Fragen unbefangenen und sachlich Stellung zu nehmen haben und im Uebrigen ihre Entschlüsse nicht von einem Erfolge für die Partei, sondern von dem Schutze für das Vaterland abhängig machen. Regierungsfähig zu sein ist nicht ihr Ehrgeiz, ist aber auch für sie keine Schande.“

Dara bemerkt die Berliner „Volkzeitung“, der wir die Notiz entnehmen, mit berechtigtem Spott:

„Der — parlamentarische? — Verfasser dieser erhebenden Kundgebung soll beifällig nach uns zugehen, allerdings unverbürgten Nachrichten vorgezogen nach dem Kergenschein vor seinem Spiegel schon den Fackelzug eingeleitet haben.“

Und weiterhin fügt sie, im Anschluß an die Engels'sche Bemerkung, daß der Freisinn noch nicht reif sei zur Allianz mit den österrischen Junkern, sarkastisch hinzu:

„Nicht nicht allerdings, was aber nicht zu den Verleuten des „Neuen Stettiner Zeitung“ und ihrer Bestimmungsgenossen gehört. Glücklicherweise ist wirklich noch einiger Verlaß auf die Regierung und die österrischen Junker.“

„Gut gegeben, ob es aber viel nützen wird, ist eine andre Frage. Wenn Leute den „positiven Mitarbeit“-Roller bekommen, dann sind sie nur schwer zurückzuhalten. Wirklich regierungsfähig werden die betreffenden Herrn vom Freisinn freilich darum nicht werden, aber — man muß sich doch darauf vorbereiten!“

— In **Mecklenburg-Schwerin** sind unsere Stimmen bei der diesmaligen Reichstagswahl gegen das 1887er Resultat **von 5,633 auf 27,251 Stimmen** gestiegen, haben sich also nahezu verdreifacht. Am glänzendsten ist der Aufschwung in dem Wahlkreis **Hagenow-Gradesmühlen**. Dort haben wir erhalten:

Jahr	Stimmen
1884	77
1887	319
1890	4877

Im Wahlkreis **Ralswiek-Waren** hatten wir in den gleichen Jahren 70 — 41 — 987 Stimmen, in **Parzhin** x. 50 — 223 — 2389 Stimmen.

Wann besonders wichtig ist, daß diese Stimmen zu sehr großen Theilen rein ländliche sind, von Landarbeitern, Kleinbauern u. herührten. Manche Dörfer haben geradezu erstaunliche Majoritäten für uns geliefert, z. B. gab ein Dorf in der Nähe von Ralswiek von 78 Stimmen 56 für den Sozialisten. Dieses Ausbreiten der Sozialdemokratie auf dem Lande ist ein verdienstvoller Schlag für unsere Feinde. Es wankt selbst in ihren Hochburgen — wohin sollen sie sich jetzt retten?

— Zum „**freien**“ **Wahlrecht** finden wir im **Hamburger Echo** folgenden charakteristischen Beitrag:

„Wir Unterzeichneten waren sämtlich auf der Bergedorfer Stadtliegerei beschäftigt. Wir erhielten am Wahltag den Befehl, wer etwa eine Stunde vorläufige von der Arbeit, der brauche überhaupt nicht wieder zu kommen. Weil es uns nun in der Mittagszeit unmöglich war, unsere Stimme abzugeben, was wir für jedes Arbeiters Pflicht erkennen, wurden wir uns einig, sämtlich zur Wahl zu gehen. Am folgenden Morgen wurden wir dann sämtlich entlassen. Wir fragen jeden rechtlich denkenden Mann, ob es nicht unerhöhet ist, uns so unser Wahlrecht schmälern zu wollen. Wir richten daher an jeden Arbeiter Bergedorfs die Bitte, uns nach Kräften zu unterstützen, damit keiner unsere Stellen besetzt.“

Dieses schmachvolle Verbot der Ausübung eines politischen Rechtes — ja, einer staatsbürgerlichen Pflicht, zeigt, wie weit unter den Besizenden die Erkenntnis gedrungen, daß jeder Arbeiter, der zum politischen Bewußtsein erwacht ist, sozialdemokratisch wählt. Gerade die Gemeinheit, mit der diese Ordnungsbehörden uns bekämpfen, ist ein Zeugnis für die Größe unserer Sache.

— Das Zustandekommen der „**Internationalen Konferenz zum Behufe der Arbeiterbeschäftigung**“ ist formell gesichert; die deutsche Regierung hat aber, wie aus ihrem Arbeitsprogramm erhellt, schon so viel Wasser in ihren Weim gegossen, daß vermutlich bald gar kein Wein mehr herauszukommen sein wird. Man höre nur, wie selbst in der Befragung eines so lammfrommen Blattes, wie die Berliner „Kreuzzeitung“, die Abschwächungen hervortreten, die das deutsche Programm sogar dem doch so gemäßigten Schweizer Programm gegenüber aufweist:

„Die Schweiz hatte an die Spitze ihres Programms als ersten Abschnitt: Verbot der Sonntagsarbeit“ gestellt, das deutsche Programm hat in seinem zweiten Abschnitt: „Regelung der Sonntagsarbeit“, wie es überhaupt in allen seinen sechs Abschnitten eine „Regelung der Arbeit“ vorsieht. Die Schweiz hatte auch als Ueberschrift ihres vierten Programms-Abschnittes: Verbot der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauen in besonders gesundheitsgefährlichen oder in gefährlichen Betrieben.“ Das deutsche Programm bringt nur zwei direkte Verbote zur Frage, nämlich ob in Bergwerken Kindern unter einem bestimmten Lebensalter und weiblichen Personen die Beschäftigung unter Tage zu verbieten sei, und dann, ob die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, Nothfälle vorbehalten, verboten werden solle.

Als dritten Abschnitt enthält das Schweizer Programm den Artikel 11: Arbeitstag für jugendliche Arbeiter; Deutschland geht nicht soweit, sondern fragt nur, ob die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das ständebücherliche überschritten haben, Beschränkungen zu unterwerfen sei. Die Schweiz wollte nur eine Beschränkung der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und Frauen in Beratung geben, Deutschland stellt aber die Fragen: Soll die Arbeit verheirateter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden? und soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden?“

Genau. Man kann nicht „bescheidener“ auftreten, als es hier die großmächtige deutsche Regierung thut. Aber — ohne sie von ihrer Verantwortung entlasten zu wollen — der Stein ist in's Rollen gebracht, und nun liegt es bei den Arbeitern, dafür zu sorgen, daß er nicht mehr zum Stillstand kommt.

— In **Folgendem** geben wir das **Programm der von Deutschland einberufenen Arbeiter-Konferenz**:

1. **Regelung der Arbeit in Bergwerken.**
  - a) Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten:
    - i) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter?
    - ii) für weibliche Personen?
2. **Ist für Bergleute, in denen die Arbeit mit besonderen Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzuziehen?**
3. **Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?**

II. Regelung der Sonntagsarbeit.

1. Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Nothfälle vorbehalten, zu verbieten?

2. Welche Ausnahmen sind im Falle des Erlasses eines solchen Verbotes zu gestatten?

3. Sind diese Ausnahmen durch internationale Abkommen, durch Gesetz oder im Verwaltungswege zu bestimmen?

III. Regelung der Kinderarbeit.

1. Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von der industriellen Arbeit ausgeschlossen werden?

2. Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem die Ausschließung stattfinden soll, zu bestimmen?

3. Welche Beschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzusehen?

IV. Regelung der Arbeiterjugende.

1. Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das Mindestalter überschritten haben (12), Beschränkungen unterworfen werden?

2. Bis zu welchem Lebensalter sollen die Beschränkungen eintreten?

3. Welche Beschränkungen sind vorzuschreiben?

4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen?

V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen.

1. Soll die Arbeit verheirateter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden?

2. Soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden?

3. Welche Beschränkungen empfehlen sich in dem Falle?

4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen und welche?

VI. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen.

1. Sollen Bestimmungen über die Ausführung der vereinbarten Bestimmungen und deren Ueberwachung getroffen werden?

2. Sollen wiederholte Konferenzen von Vertretern der beteiligten Regierungen abgehalten werden und welche Aufgaben sollen ihnen gestellt werden?

„Ebenso traurig wie interessant“ — lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“ — ist der Ausgang der Stichwahl im Kreis Gauen-Weinhausen-Orb. Bei drei Jahren siegte der Deutschfreisinnige. Diesmal wurden beim ersten Wahlgang abgegeben 8447 sozialistische Stimmen, 7649 für's Kartell und 5849 für die Deutschfreisinnigen. Es fand Stichwahl zwischen dem Sozialisten und dem Kartellisten statt. Die Deutschfreisinnigen rächten sich dafür, daß sie nicht in die Stichwahl kamen, an den Sozialisten, indem sie für den Kartellbruder, ihren „Erbsfeind“, stimmten, so daß dieser siegte. Nach dem Sieg wählten nun sämtliche Blätter den Sieger nicht als Kartellbruder oder Nationalliberalen, sondern als Konventionen, was den wahrhaft freisinnigen Wähler allerdings unerwartet ist.

Das „Interessante“ an der Geschichte ist, daß der Sieg des Deutschfreisinnigen 1887 ausschließlich der Hilfe des Sozialdemokraten geschuldet war. Damals hatten erhalten in der Hauptwahl

Table with 2 columns: Party, Hauptwahl, Stichwahl. Rows: Konservative, Freisinnige, Sozialdemokraten.

Hätten die Sozialisten nicht Mann für Mann gegen den Konventionen gestimmt, der Freisinn hätte aus eigener Kraft nun und nimmer den Sieg errungen, sondern wäre elend unterlegen. Halte man jetzt dagegen die 1890er Zahlen:

Table with 2 columns: Party, Hauptwahl, Stichwahl. Rows: Konservative, Freisinnige, Sozialdemokraten.

Man sieht, schon im ersten Wahlgang waren wir dem Reaktionär über und hätten wir glänzend gesiegt, wenn die Herren Deutschfreisinnigen auch nur Stimmhaltung geübt hätten. Aber sie gingen hin und wählten — o ver Heiden — den Wiswäcker.

Die „Frankf. Ztg.“ hat Recht, das ist eine traurige Geschichte — für die Herren Freisinnshelden.

Der einzige, oder doch einer der ganz vereinzeltsten Wahlkreise, wo wir bei der diesmaligen Wahl weniger Stimmen erhielten als 1887, ist der 11. sächsische Wahlkreis (Grimma-Burgen).

Dort erhielten wir diesmal 1319 Stimmen weniger als 1887. Es ist sehr interessant, den Ursachen dieses Rückganges näher nachzuforschen. Von den sächsischen sozialistischen Arbeiterblättern erklärt der Leipziger „Wähler“, der Mangel an agitatorischen Kräften habe dieses unerwünschte Resultat herbeigeführt. „Dort“, schreibt er, „wo wir Genossen haben, welche öffentlich auftreten können, und wo wir auch Fälle zu Versammlungen bekamen, wie z. B. in Grimma, haben wir auch Fortschritte gemacht. In der Amtshauptmannschaft Grimma sind wir von 30 Stimmen auf 704 gekommen.“ Wo aber die Sozialisten nicht öffentlich einzutreten und die althergebrachten Verhältnisse, welche die Ordnungsgewalt ausübten, zu durchbrechen konnten, sei ein Theil der früher sozialistischen Stimmen dem Freisinn zugewandelt. Dieser, heißt es weiter, verfolgt eine ganz klare Politik, er greift die Sozialisten gar nicht an und dadurch wird bei den politischen nicht geschulten Arbeitern der Glaube erneuert, als wären beide Parteien eine Partei. In selbst in der Wägenhaken-Region wurde der Diktator Genosse der Bormwurf gemacht, sie hätten einen großen Fehler gemacht, daß sie zwei Kandidaten, Buchheim und Pinkau, aufgestellt hätten.

Das sächsische Wochenblatt in Dresden mißt ebenfalls dem zweideutigen Verhalten der Freisinnigen, insbesondere der freisinnigen „Wagnerer Ztg.“, die wesentliche Schuld an dem unerfreulichen Resultat bei. „Der Hauptgrund dieses Rückganges“, schreibt es, „liegt in den sentimentalen verpackten Reden des Wissebs x., mit welchen man dem gemäßigten freisinnigen Wähler Thiele, der in Burgen ein freisinniges Blatt gründete, entgegenkam. Heuchlerisch-fremdschmeichele gegen die Sozialdemokratie, daß sie leider empfohlen und unterstützt, wählte er die Genossen der hervorragenden Orte so einzunehmen, daß sie, statt kramm Propaganda für die Arbeiterblätter zu treiben, sein Blatt, die „Wagnerer Zeitung“ im ganzen Kreise einführten. Da sich dieselbe sehr radikal gebierte, wurde sie allgemein als ein verpacktes sozialistisches Blatt, ihr Herausgeber als ein verpackter Sozialist angesehen. Das ging soweit, daß man zur Nachwahl 1889 in vielen Orten wohl den Namen des liberalen Kandidaten, nicht aber des sozialistischen kannte, zum Theil auch verneinte, beide Parteien gingen zusammen. Das die 6039 Stimmen, die der Freisinnige erhielt, nur ein Scheinerfolg sind, da sie zum größten Theil dem Kontingent der Sozialdemokratie angehören, geht aus Besten daraus hervor, daß die Freisinnigen es in diesem Kreise 1884 auf 289, 1887 auf ganze 537 Stimmen brachten. Auch auf größeren Abfall des Bürgerthums vom Kartell sind die freisinnigen Stimmen nicht zurückzuführen, sonst müßte dasselbe einen größeren Rückgang anzuweisen, als den thatsächlich von 12,982 auf 10,505. — Es wird der ganzen Energie und Opferfreudigkeit der Genossen dieses Kreises bedürfen, um den durch dieses höchst unpolitische Verhalten entstandenen Schaden wieder weit zu machen, denn seit Herr Thiele im Sattel ist, kannst er mit allen Mitteln der Wägenhaken Schule, wie das, abgesehen von seinen Ungezogenheiten in der „Wagn. Ztg.“ und im „Volkswort“, sein Verhalten gegen seinen ehemaligen Faktor, den Augewählten Schmidt (sehr gemüth in Wittweida), gezeigt hat.“

Unter diesen Umständen ist der Rückgang allerdings sehr erklärlich. Aber wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Genossen des betreffenden Wahlkreises in verhältnismäßig kurzer Zeit die Schwärze auszuwaschen werden. Haben sie doch immerhin, und mit dieser relativ erheblichen Feststellung wollen wir diese Kritik schließen, gegen die, welche vorigen Jahres stattgehobte Nachwahl bereits einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen. Damals hatten sie 2554 Stimmen erhalten und diesmal 2556 Stimmen. Es geht also auch hier trotz alledem vorwärts!

Genosse Bebel veröffentlicht in deutschen Blättern folgende Erklärung:

Der großartige Ausfall der Wahlen zu Gunsten der Sozialdemokratie bringt das Repetitionsgemüth der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und ihrer Affiliirten in degreirische Erregung. In ihrem Anglimme verhäßlichen sie die Partei als eine französisch-Partei, die „voll und ganz Frankreich angehört“.

Zur Bekräftigung dieser Behauptung brucht die „Nordd. Allgemeine Ztg.“ eine Tendenzfrage der Münchener „Neuesten Nachrichten“ ab, wonach meine Kandidatur in Strassburg von Paris aus angeregt und auch durch Geld von dort unterstützt worden sei.

Darauf habe ich zu erklären, daß ich bereits bei mehreren früheren Reichstagswahlen Kandidat meiner Parteigenossen für Strassburg war und auch diesmal wieder auf deren ausdrückliches Ansuchen dazu mich bereit erklärte.

Das Geld zur Wahlkandidatur ist theils durch meine Strassburger Parteigenossen, theils durch Bewilligungen des Central-Wahl-Komitee's unserer Partei aufgebracht worden. Es ist eine Verleumdung zu behaupten, Geldbeiträge für die Wahl seien aus Paris bezogen worden.

Bei der bekannten Niedertracht der Gesinnung der parteilichlichen Pressefaktoren werde ich nicht verlangen, daß sie diese Verleumdung in den Spalten ihrer Blätter aufnehmen. Es genügt mir, dieses Verleumdungswerk hiermit öffentlich an den Tag zu legen.

Dresden-Plauen, den 2. März 1890.

H. Bebel.

Eine wohlverdiente Ohrfeige für das Lumpengesindel, das die Lüge ausgeheckt, und für die großen und kleinen Schufte, die sie weiter transportirt haben.

Der hohe Senat der Universität Königsberg hat wieder einmal das Bedürfnis gefühlt, den Nachweis seiner Befähigung zum Hausrechtsinstitut zu erbringen. Er hat, wie die Blätter berichten, laut rechtskräftigem Erkenntnis vom 7. März einen Studenten der Medizin unzulässiger Begünstigung der sozialdemokratischen Bestrebungen, und demgemäß — dieses demgemäß ist eine wunderbare Wendung — wegen Verletzung der akademischen Sitte und Ordnung, mit der Relegation (Ausstoßung) bestraft. Zugleich hat die hochweise Körperschaft eine Warnung an die Studentenschaft ergehen lassen, dieses Exemplum ad notam zu nehmen und sich von jeder Theilnahme an jenen Bestrebungen fern zu halten.

Es gibt also nicht, wie harmlose Gemüther auf Grund des Wortlauts des obigen Beschlusses wähnen könnten, neben der „unzulässigen“ auch eine zulässige Begünstigung der sozialdemokratischen Bestrebungen, etwa innerhalb gewisser formeller Schranken. Mit herzerfrischender Offenheit gesteht der Senat, daß es nicht die Art der Begünstigung, sondern die Tendenz, nichts als die Tendenz ist, die er hat treffen wollen.

Vielleicht setzt uns einer unserer Leser in der Stadt Immanuel Kant's und Johann Jacoby's in den Stand, die Umstände dieses feyergerichtlichen Erkenntnisses näher zu beleuchten. Eine Probe, wie solche zu Stande gebracht werden, findet sich in der Denkschrift über die Wirkungen des Sozialistengezeiges unter der Rubrik „Die Universitäten und die Sozialdemokratie“. Sie behandelt die Relegation des Studenten Joh. Weich von der Königsberger Universität. Aus der ebenso kurzweiligen wie nicht ergötzlichen — denn wen kann die Erbärmlichkeit ergötzen? — Geschichte wollen wir heute nur die eine Thatsache hervorheben, daß zu den Urhebern des feyergerichtlichen Erkenntnisses u. A. auch Herr Professor Hans Bruy gehört, Sohn des großen Demokraten Robert Bruy. In ihm haben, wie es scheint, die Vorzeichen eines andern Hans nicht schlafen lassen, dessen Vater zufällig auch Robert hieß. Robert Blut wurde erschossen und sein Sohn stimmte für die Todesstrafe. Robert Bruy dichtete:

„Kannst und nicht Reher, treibt nicht Spott, Auch hier, wo unsre Fahnen wehen, Der freie Geist ist auch ein Gott!“

Und Nun schwebt mit leichtem Flügel Die Freiheit durch die Welt

Sie weilt mit heissem Kuße Den Jüngling und den Mann

Daß im Palast, mit Bittern, Ein bleicher Mann erwacht.“

Sein Sohn aber, geboren in der Zeit, da der Vater wegen seiner Tendenzen von der Universität vertrieben, heimloslos umherzog, verweist Studenten wegen ihrer Tendenzen u. von der Universität. Der Eine erschließt seinen Vater, der Andere verlorst ihn zum zweiten Male. Die Herren Söhne sind eben nationalliberal.

Die zartführenden Sachsen. Aus Dresden, 7. März, wird dem „Berl. Volksblatt“ geschrieben: „Die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtags brachten Anfangs der Woche folgenden Antrag ein:

Die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, sie möge die nöthigen Maßregeln veranlassen, damit die Arbeiter in ihrem gerechten Verteidigungskampfe gegen den Hochstoll von oben künftighin von den Behörden nicht gehemmt und gestört werden.“

Dieser Antrag ist jedoch von dem Bureau des Landtags nicht zum Druck befördert und den Antragstellern zurückgegeben worden mit der Begründung, daß der Inhalt und Wortlaut für die Behörden beleidigend seien. Man sieht, wie nervös empfindlich man hier ist. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden den Antrag nun anders formuliren.“

Nach Lage der Sache blieb ihnen natürlich nichts Andres übrig. Denn die Hauptplage ist, die sächsische Regierung zu zwingen, Farbe zu bekennen, vor aller Welt festzustellen, daß dieselbe auch in diesem Punkte die von ihr beschworene verfassungsmäßige „Gleichheit Aller vor dem Gesetz“ mit Füßen tritt.

Aber, wie jämmerlich die Ausrufe des sächsischen Kammerpräsidenten! Inhalt und Wortlaut des Antrages seien für die Behörden „beleidigend“. Von einem beleidigenden Wortlaut kann überhaupt gar nicht die Rede sein, und wenn der Inhalt des Antrags — der Zweifel an der Unfehlbarkeit der ausführenden Behörden — „beleidigend“ ist, nun, so ist es das Recht und je nachdem die Pflicht der Volksvertreter, in solcher Weise zu beleidigen. Das wissen natürlich die hochweisen Leiter der sächsischen Kammer sehr gut. Wo ein bürgerliches Interesse in Frage kam, ist es schon hundertmal geschehen, aber wenn das schlechte Gewissen sich nicht anders helfen kann, so wird es plötzlich empfindsam.

In Großen und Ganzen — schreibt man uns — haben die Behörden in dem soeben beendigten Wahlkampf sich weniger unanständig benommen als bei früheren Gelegenheiten — die Reptilienpresse hatte stifteten Vorschlag, sich zu mahigen — dafür haben die Kartellparteien es „privatim“ um so toller getrieben. Aus allen Theilen Deutschlands lausen Nachrichten über ungläublich brutale Exzesse ein, die von den sogenannten Ordnungsparteien gegen die Oppositionsparteien, namentlich gegen die Sozialdemokraten, verübt worden sind. Bei Berlin, bei Stade, bei Leipzig, in Altona, in Duisburg und an zahlreichen anderen Orten, haben die sogenannten Ordnungsparteiler die ihnen eigene Bestialität zur Schau getragen, und uns auf diese Weise handgreiflich ad oculos demonstrirt, wessen wir uns zu versehen gehabt hätten, falls es diesen rohen Kulturfeinden gelungen wäre, sich der Klüfte der Gesetzgebung nochmals zu bemächtigen. Wohlan — sie sind geschlagen, und das deutsche Volk wird hoffentlich dafür sorgen, daß sie nicht wieder auf die Beine und in den Sattel kommen.

In der Wahlbewegung, schreibt eine liberale Korrespondenz, haben die aus Berlin, Hamburg und Leipzig Ausgewiesenen die größte Rolle gespielt. Wir wollen nicht hervorheben, daß Bebel und Liebknecht aus Leipzig, Singer aus Berlin ausgewiesen ist. Die verschiedenen, aus Berlin ausgewiesenen Sozialisten haben namentlich in der Provinz Brandenburg eine von unerhörtesten Geistes begleitete Agitation für die Partei entwirrt. Der Bergolder Gwald nahm seinen Aufenthalt in Brandenburg; er kommt in dem Wahlkreis in Stichwahl. Drechsler Tabber, viel genannt in dem Prozesse Spring-Rohlfow und dann aus Berlin ausgewiesen, setzte sich in Yucknowalde fest; es wurden in dem Wahlkreis für Tabber 7,845 Stimmen abgegeben, für Kropatsch (samt.) 7,373, für Kaugenbucker (frei.) 5,063; bis dahin war in dem Wahlkreis von der Sozialdemokratie wenig zu hören. Klempner Rucke, aus Berlin ausgewiesen, hat in Rölln mächtig für die sozialdemokratische Propaganda

gearbeitet; er steht in der Stichwahl mit den Liberalen. Preis, aus Spremberg ausgewiesen, steht ebenfalls für Stichwahl in einem Wahlkreis der Provinz Brandenburg. Diese erfolgreiche Mimirarbeit der „Ausgewiesenen“ ist ein Beitrag zur Beurtheilung des vielumstrittenen Ausweisungsparagrafen.“

Wir können diese Liste, bemerkt dazu die „Berl. Volksz.“, durch den aus Berlin ausgewiesenen Reichshaus ergänzen, derselbe kommt in Erfurt und in Sonneberg (Weinungen II) zur Stichwahl.“

Wieder ist eine neue Schandthat der russischen Censur gegen politische Gefangene, und obendrein gegen Frauen, an das Tageslicht gezogen worden. Es handelt sich um die brutale Wiederpeinigung einer Gefangenen in der Kara in Oskibirien, Frau Sigida. Dieselbe hatte, nachdem ihre mit ihrer Mitgefängenen Beschuldigung durch freiwilliges Hungern ihrer schändlichen Behandlung ein Ende zu machen, schlagelassen, um endlich eine amtliche Unterdrückung ihrer Beschwerden herbeizuführen, einen Beamten, der sich brutal gegen sie benommen, gedroht, und war dafür zu 100 Peitschenhieben verurtheilt worden. In der ersten Meldung über diese schändliche aller Zusamen hieß es, Frau Sigida habe sich aus Erregung über die ihr ausgegangene Schmach selbst das Leben genommen. Die russische Revolutionär Stepiat aber auf Grund authentischer Berichte in einer Aufschrift an die „Times“ feststellt, ist das letztere nicht der Fall, Frau Sigida ist direkt den Wunden erlegen, die sie durch die Kranten der Gendarmen erhalten, das heißt durch geschloffen: sie ist zu Tode gepeitscht worden. Die Schergen des Jaren hielten so lange an die Unglückliche ein, bis sie unter den unbarbarischen Streichen des Bewußtseins verlor und für tot gehalten wurde. Sie war es noch nicht, aber sie erhob sich von den Folgen der ungesetzlichen körperlichen und seelischen Erschütterungen nicht mehr, bis der Tod ihren Leiden ein Ende machte.

Wahr dagegen ist, daß als die Nachricht von diesem brutalen Morde unter den anderen Gefangenen bekannt wurde, drei derselben, von Schmerz und Verzweiflung erfüllt, ihren Leben freiwillig ein Ende machten. Es waren dies Marie Kaluznaja, Marie Pantomona Kowalefskaja und Nadeschda Smirnikoffskaja. Wie das Gift in ihren Vein gelang, ist heute noch unauferklärt; wahrscheinlich hatten sie es schon früher als heimliches Selbstmittel gegen Mißhandlung und Gefährdung heimlich mit sich geführt. Der Beamte, auf dessen Befehl die barbarische Strafe an Frau Sigida vollzogen wurde, ist der Generalgouverneur der Provinz Amur, Generalleutnant Baron v. Korff. Große Schmach über den Namen dieser Bestie in Menschengehalt. Eine zarte, hochgebildete Frau wegen eines bloßen Disziplinariens zu zu Tode peitschen, ist eine Injustice, die ihren Urheber dem Haß und der Verachtung der ganzen zivilisierten Welt überliefert.

Nur nach dem Selbstmord der drei Frauen noch, gleichfalls peitscht und unter Anzeichen, welche auf einen Selbstmord schließen lassen, ein Bruder der Marie Kaluznaja, ebenfalls ein politischer Gefangener. Es ist nicht endgiltig festgestellt, daß er Hand an sich selbst gelegt; es mag auch sein, daß der Kammer über den Tod seiner zärtlich geliebten Schwester ihn getödtet hat. Ein anderer Verdammter, Bobotow, beging Selbstmord, um der Demüthigung und den Schmerzen einer über ihn verhängten Prügelstrafe zu entgehen. Er war Universitätslehrer gewesen und hatte sich den Behörden durch Theilnahme an einer studentischen Demonstration mißlieblich gemacht.

Stepniak weist hinsichtlich der Angabe, daß der Jar habe eine Untersuchung beantragt, darauf hin, daß die Auspeitschung, wie auch alle sonstigen Brutalitäten, auf direkte Ordre von Seiten der Justizregierung in St. Petersburg zurückzuführen sind, nämlich auf das Edikt vom März 1888. Das Ministerium des Innern ist demnach für die Wieder-einführung der überpeitschten Mächtigung politischer Gefangener, welche 1877 aufgegeben worden war (nachdem Treppoff die Prügelstrafe über Bogaluboff verhängt hatte) direkt verantwortlich.

Zugleich kommt die Nachricht, daß der Gouverneur von Oskibirien, Oskafin, in dessen Gebiet und mit dessen Zustimmung die General in Yakatsk verübt wurden, der insbesondere die Todesurtheile gegen die von einem scheinbaren Kriegsgesicht Verurtheilten vollstrecken ließ, nicht bestraft, sondern im Gegentheil befördert worden ist.

Das ist das Rußland, das in Europa die Befreiung zu spielen die Freiheit hat!

Korrespondenzen.

Bremen. Das war auch für uns ein Ehrentag, der 20. Februar — ein gewaltiger Einbruch in die bürgerliche Gesellschaft, in das Bollwerk der Bremer Selbstfürsten.

Als des Stichwahl-Resultat bekannt gemacht wurde, da hätte man es so sein eingeführt, daß unser Kandidat immer zurück war, es fehlten nur noch zwei Bezirke (vielleicht war es berechnet, um noch im letzten Augenblick Erbitterung, womöglich Erregung unter den Arbeitern hervorzurufen, das gehet ja auch mit zur Verzweiflung), schon lösten sich die Gruppen entläßt auf — da, ein neuer Schab, Bruhns ist vor, und jetzt der letzte: Bruhns 16,404, Papendick 15,895. Die Hurrahrufe brauchten von einem Ende der Stadt zum andern, die Gegner zogen sich gefürcht zurück und feierten ihre Niederlage in stiller Resignation. Es gab keine Illumination, auch keinen Feuertanz, aber ein einfacher Vereinstanz zog durch die Stadt und verkündete den Sieg des Arbeiterkandidaten Bruhns. Ein Dreischlenkfüßer hatte den Verreisten neben sich auf den Kopf gestellt und sagte, in einer Hand die Bügel, mit der andern den Verreisten drehend, mit Wüthende durch die Straßen; hinter ihm her die Polizei. Ob sie ihn erwischt, und wo sie ihn erwischt hat, wissen wir nicht. (Er wollte ja nur die Niederlage seines Kollegen Papendick verfechten; derselbe hat nämlich eine Aktiengesellschaft für Dreischlenk gegründet, daher die Freundschaft.)

Unsere Gegner waren vor der ersten Wahl ihres Sieges sicher, d. h. die Kartellbrüder. Der Freisinn istlich, den Keim des Todes in sich tragend, nur noch als Kammerbald einher. Ein panischer Schrecken ergriff beide Parteien, als das Resultat bekannt wurde, und der Kandidatmann, Dr. Bulle, setzte alle Hebel in Bewegung, um die tapferen Wägen des Freisinn vor den Karren der ihm von Rottur aus so herwandten Partei, der Nationalliberalen, zu spannen, und sie haben denn auch geschlossen für Papendick gestimmt.)

Aber alles umsonst, unsere Wähler sind uns nicht nur tren geblieben, sondern wir sind mit noch einer Reserve von 1640 Stimmen zur Urns gekommen.

Unsere Gegner haben zur Stichwahl ganz verzweifelt und mit schamhaften Waffen gekämpft, der alte Kohl, wie „Unfähiger“, die Sozialisten wollen die „Kohle abschaffen“, das „Eigentum zerstören“, „Theilen“ mit einem Wort, den „Skandalstaat“ einführen“, wurde wieder aufgewärmt. Es existiren hier drei große Blätter, aber keines davon hat auch nur eine einzige Entgegnung von und aufgenommen, wir waren ausschließlich auf Versammlungen und Flugblätter angewiesen. Noch im letzten Augenblick, am Tage vor der Stichwahl, erließen die Gegner ein Flugblatt, worin ihnen der Knackspieß einschlägig, „Bremsische Wähler, vereinigt Euch gegen den Einbringling, den fremden Handwerkergeißeln!“ 14,764 fremde Handwerkergeißeln, das hat denn auch böses Blatt gemacht, und unsererseits wurde darauf mit einem Flugblatt prompt geantwortet. Unser Kandidat, Julius Bruhns, hat mit ehrlicher Waffe gekämpft, mit der Waffe des Wissens, er hat sein Debüt als Reichstagskandidat gut bestanden.

Vor allen Dingen aber verdient die Opferfreudigkeit und Energie unserer Genossen lobend hervorgehoben zu werden, sie haben sich übermenschliches geleistet. Hier in Bremen haben wir die haben freigegeben, wir haben es in Zukunft nur mit einer Partei zu thun und das ist unser Wunsch gewesen. Nur noch einige vergleichende Zahlen: 1885 Wählerrecht 774 Stimmen; 1890 Bruhns, Hauptwahl, 14,764, Stichwahl 16,404 Stimmen.

Stettin, 7. März. Wir haben hier in Pommeren auf unsere Kandidaten insgesamt 18,000 Stimmen vereinigt, gewiß ein Erfolg, mit dem wir zufrieden sein können. Was hier an Verhandlungen und Schlingereien gegen unsere Partei geleistet worden ist, überfließt alle Begriffe. Hier in Stettin hat ein freisinniger Kreisdirector unsere Stimmzettel in die Tasche, statt in die Urne gesteckt. Daß er kein

\* Dieser Beschluß ist übrigens für uns von Vortheil gewesen, unsere Parteigenossen wurden hierdurch zur ängstlichen Thätigkeit angepornt.

Chrenmann ist, hatten wir längst aus dem Verhalten des Burschen gegen die Arbeiter gemerkt, daß er aber solche Frechheit besitzen würde, hätten wir doch nicht geglaubt. Wir haben nun dem Staatsanwalt Mitteilung von diesem Missethaten gemacht und wollen jetzt abwarten, ob hier dieselbe Fingigkeit an den Tag gelegt wird, wie gegen die Sozialdemokratie.

Nur vermittle der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter hat diesmal noch der Freisinn gestiftet. Ein Druck wurde auf Alle ausgeübt, die im Verdacht standen, für uns gestimmt zu haben. Für Andere wurde Geld bezahlt, wenn auch nicht direkt, so doch in Form von Bier, Jagaren, Schnaps und Droschke. Der Freisinn hat zwar ein Mandat erhalten, aber auf ehrliche Weise nicht. Bad schlägt sich und Bad verbrät sich, das gilt so recht von unserer Bourgeoisie, welche sich vor der Hauptwahl mit Roth bewarft, daß sich kein anfänglicher Mensch mit der Sippe besetzt hätte, und bei der Stichwahl die zärtlichen Brüder spielte. Nun, das nächste Mal siegen wir.

**W. Kämpfer.**

**Stuttgart, den 26. Februar.** Der Ausfall der hiesigen Wahl gibt dem Arbeiterblättern viel Stoff zum Nachdenken. Die Arbeiter-Revolution durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten! Aufschlag! Nun, es wird diesmal vielleicht noch nicht ganz lang, denn das Kartell wird schon noch einige Tausend Bauern zum Wählen herbeischleppen. Aber im ganzen Reich diese kolossale Stimmzunahme! Die lächerlichen Erwartungen sind übertrumpft. Man sieht doch, daß die Opfer nicht vergebens gebracht worden sind, und mit uns so mehr Lust schließt man weiter. Immer vorwärts!

**Lambrecht (Pfalz).** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß ein unermüdlicher Streik der Textilarbeiter Lambrecht's besteht, der aber nicht von den Arbeitern, sondern von den Sozialdemokraten, den Fabrikanten, heraufbeschworen wurde. Die Tuchweber der Firma Hartmann Bogong, die die schlechtesten Löhne in Lambrecht zahlt, streikten die Forderung um 20prozentige Lohnerhöhung an dieselbe. Sofort vereinigten sich unsere Tholgroßen, früher Wandarbeiter genannt, und machten durch Plakatanschlag in sämtlichen Fabriken bekannt: „Wenn die Weber bei der Firma Hartmann Bogong ihre Forderung nicht zurückziehen, werden bis Sonntag den 8. März sämtliche Lambrecht'sche Fabriken geschlossen!“

Parteilosen! Es ist rein unmöglich, daß die Weber bei genannter Firma ihre Forderung zurückziehen können, denn Bogong's prozenthaftes Benehmen und ordinäre Ausdrücke dürfen sie unserer Ehre wegen nicht ruhig hinnehmen. Es sieht den Arbeitern also nur der Weg zum Streik offen.

Die Lambrecht'sche Bevölkerung, speziell die Wählerchaft, war es müde, sich von Tagelöhnen noch länger selbsterhalten zu lassen. Wir vernichteten diesmal auf unsere Kandidaten Huber von Ludolfsbüchsen 220 Stimmen, welches Resultat das entwürdigende Vorgehen der Fabrikanten gegen uns beschleunigen half. Soviel können wir versichern: Wird die Arbeiterchaft Lambrecht's von parteigenössischer Seite in ihrem Kampfe unterstützt, so ist Lambrecht mit Umgebung für immer für unsere Sache gewonnen.

Erwacht nun noch werden, daß nur die Tuchfabriken der hiesige Gewerbesocietät sind, und wir auf Unterstützung von Augen rechnen müssen. Wir appellieren an Euer Solidaritätsgedühl, werthe Genossen, bedenkend, daß man uns gewaltfam vor die Thüre setzt und durch Hunger und Kälte machen will. Haltet vor Allem den Zuzug fern!

Briefe und Sendungen sind zu richten an: Karl Schloffer, Wirth in Lambrecht, Pfalz.

Mit sozialdemokratischem Gruß.

**Der Beauftragte.**

**Nachtrag.** Den 9. März: Der Streik ist ausgebrochen, 750 Arbeiter sind brodblos. Genossen, helft uns nach Kräften!

**Mühlhausen i. Elsaß, 6. März.** Da wir bis jetzt den Namen des Parteigangers wenig in Anspruch genommen haben, so erlauben wir uns, Einiges über die soeben beendete Reichstagswahl in Mühlhausen mitzutheilen.

Wie in allen Genossen bekannt sein wird, hat Mühlhausen die Ehre, den ersten Sozialdemokraten aus dem Elsaß in den Reichstag zu schicken. Wohl waren bei den früheren Wahlen Kandidaten unserer Partei aufgestellt, aber nie war es möglich, einem derselben die Majorität der Stimmen zu verschaffen. Wer die Verhältnisse hier kennt, wird sagen müssen, daß dieses hier auch fast unmöglich war, da die Genossen hier im Elsaß mit vielen Schwierigkeiten und Vorurtheilen zu kämpfen haben. Vor Allem trat uns die Presse von allen Seiten in schamlosester Weise entgegen. Besonders thaten dieses „Der Elsaßer“, ein ultramontanes Blatt, und das „Mühlhäuser Tagblatt“, welches zum größten Theile von Arbeitern geleitet wird und alle Ursache hat, sich ganz ruhig zu verhalten. Auch die Herren Amts- und Gemeindevorsteher thaten ihre Schuldigkeit, um unsere Sache zu untergraben.

Der Woch, unser Gegenkandidat, hat ebenfalls Alles angeboten, um den Sieg streitig zu machen, indem er überall herumreiste, um sich die Gunst der Wähler durch große Versprechungen und Freidier derselbe ist nämlich Brunnerbesitzer) zu erwerben. So versprach er den Wählern in Sirenen, wenn er gewählt würde, hätten sie vier Hektoliter Bier zu gut bei ihm. Ebenso versprach er seinen Agitatoren besondere Gratifikationen. Weiter griffen die Fabrikanten nach allen Kräften hin und in den Wahlkampf ein, namentlich landten sie Leute aus ihrer Fabrik mit Stimmzetteln versehen aus, um dieselben an den Wahllokale zu vertheilen. Es wollte wahrhaftig diesen Herren nicht in den Kopf, daß es möglich wäre, ein Arbeiter könnte einem Fabrikanten den Sieg streitig machen; so etwas war ja im Elsaß noch nicht dagewesen. Und, o Sündelich, es kam der tragische Moment, wo sich die Herren fragten, ist es möglich? Ja, ja, ihr Herren, die Arbeiter von Mühlhausen haben sich früher genug Versprechungen machen lassen und einen Fabrikanten gewählt, der nie sein Wort gehalten hat; sie haben sich gefragt: bis hierher und nicht weiter. Wer am Abend des Wahltages die freudigen Gesichter gesehen hat und weiß, welchen schweren Kampf die Genossen im Elsaß zu bestehen hatten, ludem dieselben Tag und Nacht an der Agitation beschäftigt waren, der wird sich sagen müssen, dieser Sieg war der Mühe werth. Und Herr Pfarrer Winter mag noch einmal im Reichstage behaupten: „Bei uns im Elsaß kommt die Sozialdemokratie nicht hoch!“

Mit sozialdemokratischem Gruß!

**Die Mühlhäuser Genossen.**

**Jömbi (Kleinastien).** Ich sehe mich genöthigt, durch Vermittelung des „Sozialdemokrat“ die traurigen Verhältnisse derjenigen europäischen Arbeiter zu schildern, die sich von Agenten für den Bau der Eisenbahn von Jömbi nach Angora haben anwerben lassen. Die Unternehmung ist die Firma S. Bleichröder in Berlin, dieselbe hat jedoch den Bau an die Frankfurter Bank übergeben, die ihn wiederum an einen Eisenbahnspekulanten Hotal, einen Franzosen, übertragen hat. Von diesem, einem Geschäftsmacher höchster Kalibres, reorganisiren die Sektionsunternehmer, die ihrer Mehrheit nach moralisch noch einige Stufen tiefer stehen. Es befinden sich unter ihnen Menschen, die nur von dem einen Gedanken besetzt sind, Geld zu verdienen, im Hebrigen aber jeden Gefühls, jeden Charakters vollständig beraubt sind. So hat z. B. ein gewisser H. sich nicht entblödet, seine deutschen Arbeiter in die schrecklichsten Wälder zu schicken, Holz zu stehlen, was zur Folge gehabt hat, daß die Fischer den deutschen oder sonstigen europäischen Arbeitern anlaufen, wo sie nur können. Ein anderer Unternehmer, Namens Seifert, hat die Folgen seiner Ausbeutungen nicht leicht zu tragen. Es arbeiteten bei ihm im letzten Herbst vierzig und hundert Arbeiter zu 1 Tkr. 60 Gts. pro Tag. Nun war der Saisonunternehmer durchgegangen, weil er bei dem ihm gestellten Preis nicht bestehen konnte, und Herr Seifert weigerte sich, die Leute anzunehmen. Die Arbeiter und Fischer aber machten kurzen Prozeß, sie prügelten Herrn S. so lange, bis er hoch und thener gelobte, sie zu zahlen, und hätte er es nicht gethan, es wäre ihm schlecht gegangen. Die italienischen und deutschen Arbeiter dagegen erhielten nichts, wie sie überhaupt fast gar kein Geld zu sehen bekommen. Alle Monat ist Zahlung, und für die Zeit bis zum Zahlung wird für den Arbeiter in einer Spinnerei Garantie geleistet, damit er dort seinen Hunger stillen kann. Wie nun die Inhaber dieser Spinnerei, die natürlich mit den Saisonunternehmern unter einer Decke stehen, die Arbeiter anwerben, ist wahrhaft schändlich. Kommen soll ein Handwerker 5 Franken und die Tagelöhner (Erbarbeiter) 1,60 Tkr.

bis 3 Tkr. pro Tag erhalten, es bleibt aber in den Händen dieser Geier liegen. Die Arbeiter schlafen wie das Vieh zusammengepackt, und bei dem febererregenden Klima herrschen in Folge dessen neben der großen Armuth noch überaus Krankheiten. Es ist ein furchtbarer Zustand. Jetzt will nun, nachdem die Herren bereits durch schwindelhaftes Anzeigen aus aller Herren Länder Arbeiter zusammengetrommelt haben, ein Schlaumtreiber derselben, ein gewisser Schüler aus Stuttgart, sich Zimmerleute und Schreiner aus Böhmen kommen lassen, weil die europäischen Arbeiter sich geweigert haben, zu 4 Franken zu arbeiten. Darum wende ich mich an Sie, werthe Redaktion, mit der dringenden Bitte, durch Ihr Blatt dafür zu sorgen, daß kein Arbeiter Europas auf dessen Lockungen hereinfällt. Wären Sie dringend vor Anwerbungen dieser Art, es wird denen, die sonst vielleicht herkommen würden, ein großer Dienst sein. Deutsche, österreichische u. Arbeiter, laßt Euch nicht nach Klein-Asien anwerben, Ihr findet hier schlimmere Zustände als in irgend einem andern Lande!

Alle Arbeiterblätter Deutschlands und Oesterreichs werden dringend gebeten, von dieser Warnung Notiz zu nehmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

**Frue.**

### Sprechsaal.

**Kopenhagen, Januar 1890.**

**An unsere Bruderparteien, Genossen und Freunde im Ausland!**

Wie Ihr aus Eurer Presse vielleicht schon erschen habt, haben in der bühnischen Arbeiterpartei in letzter Zeit Reibungen stattgefunden, die zu einer Verlegung unserer theuersten Prinzipien, der Redewort- und Gewandtheitsfreiheit, geführt haben, indem 7 Parteigenossen — die Sprecher der Opposition — aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Eine Minderzahl, die sich mit den Gemäßigten solidarisch fühlt, und aus längerer Erfahrung die Ueberzeugung gewonnen hat, daß ein erprobliches Zusammenarbeiten unter der jetzigen Parteileitung eine Unmöglichkeit ist — da letztere keine Verbesserung wünscht, sondern jede noch so berechtigte Opposition rückwärts zu unterdrücken sucht und auch nach der Ausschließung noch mit der Verdrängung unserer Genossen fortführt, indem sie von „Handlangern der Regierung“, „Spionen“ u. spricht und schreibt — diese Minderzahl hat beschlossen, eine neue Organisation zu bilden:

**Die revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei in Dänemark!**

welche mit allen Mitteln, durch ein selbstständiges, prinzipielles, klassenbewusstes Auftreten, im Verein mit den sozialistischen Parteien anderer Länder, für die Emancipation des Proletariats kämpfen will.

Wohl wissen wir, daß Ihr nicht besonders sympathisch berührt werden dürft, von einer Spaltung in den Reihen der Sozialdemokratie zu hören, denn eine solche Spaltung ist nicht in dem gemeinsamen Kampfe gegen die Kapitalherrschaft, aber Ihr werdet einsehen und einräumen, daß wir auf die Länge nicht ruhig zusehen konnten, daß die Prinzipien des Sozialismus in possibilistischer Reformpolitik verkommen, die Klasseninteressen der Arbeiter schände geopfert wurden, um mit der Hilfe von bürgerlichen Elementen einige Siege in unserem ohnmächtigen Reichstage zu erlangen, und weiter alle und jede Opposition innerhalb der Partei um jeden Preis und mit Mitteln, die jeden christlichen Sozialisten empören müssen, unterdrücken zu lassen. Sollten wir schweigen, sollten wir uns selbst davon ausschließen, für den Fortgang unserer Sache zu kämpfen, nur um eine scheinbare und oberflächliche Einigkeit zu bewahren? Wir hoffen, daß Euer Antwort dieselbe sein wird, die wir geben, und daß der von uns gethane Schritt von den Genossen des Auslandes verstanden und gebilligt wird.

Wie Alles Neuz, so sind auch wir, unsere Zahl und Geldmittel, noch schwach. Wir bedürfen einer wirksamen Stütze für unsere Agitation und haben deshalb beschlossen, unser Wochenblatt „Arbejdere“ baldmöglichst als Tagesblatt erscheinen zu lassen; aber obgleich die Opferwilligkeit unserer hiesigen Genossen sehr groß ist, so glauben wir allein doch nicht im Stande zu sein, in der nächsten Zeit diese Aufgabe lösen zu können und richten wir deshalb an unsere Bruderparteien, Genossen und Freunde, besonders aber an die im Auslande lebenden Skandinavier, die Interesse für die Ausbreitung des Sozialismus in ihrem Heimlande haben, die dringende Bitte, und mit Beiträgen für den Tagesblatt-Fond zu unterstützen. Auch die kleinsten Beiträge sind uns willkommen, und verpflichten wir baldige Gegenleistung.

Die Redaktion des Blattes hat vielleicht die Güte, event. Beiträge entgegenzunehmen und weiter zu befördern. Skandinavische Vereine bitten wir Sammlungen vorzunehmen und sich wegen Verabfolgung von Quittungscoupons und Darlehnscheinen (à 5 Kronen = Mk. 5,60 = Sch. 5,60 = 1 Dollar 30 Gts.) mit der Redaktion des „Arbejdere“ in Verbindung zu setzen.

Indem wir hoffen, daß wir nicht vergeblich an Euer Solidaritätsgedühl appellirt haben, grüßen wir

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag

„Arbejdere's“ Tagesblatt-Ausschuß“.

(Außer diesem Aufruf, dem wir die Aufnahme nicht verlegen wollten, ist uns noch eine Zuschrift A. Petersens zugegangen, in der gegen die Hauptpartei polemisiert und auf die Stimmen der übrigen skandinavischen Parteiblätter hingewiesen wird, die allerdings sämtlich den Ausschluß verurtheilen. Von A. Knudsen wiederum als Vertreter der Hauptpartei, geht uns dagegen ein Brief zu, in dem die von A. Müller in seinem Eingekant aufgestellten Behauptungen als unmaßig hingestellt werden. Wir haben beide Briefe zur Kenntnis genommen, glauben aber im Sinne unserer Leser zu handeln, wenn wir vom Abdruck derselben Abstand nehmen.)

### Hütet Euch!

Der Dynamit-Polizeikommissär Krüger in Berlin kümmert sich nicht mehr um sein inneres Amt, er arbeitet vielmehr jetzt ausschließlich im „Auswärtigen“. — Sein früherer Kollege, Kriminalkommissär von Rauberode, leidet deshalb nunmehr die politische Abtheilung an Krüger's Stelle.

Das System der „Vertrauensmänner“ besteht fort, unwesentlich verfeinert. Neben direkten „Berichtshörnern“ an die Polizei, fungiren jetzt Krüger, welche aus Anzeigen, Werkstätten, Gewerkschaften, Vereinen, Komite's u. das nötige Material für die Gräteren zusammentragen und präpariren, harmlos Vertrauende dort auszufragen und solchen auch gelegentlich „im Interesse der Arbeiterschaft“ Winke geben, sie sozialgen als unwillkürliche „Dammel“ trainiren.

Vor- und während der Wahlkampagne z. B. berichtete im 6. Berliner Wahlkreis der

**Maler (bez. Antretcher Leopold Kistner,** wohnhaft Lindowstr. 21, 4 Treppen, früher Müllerstr. 12a) meistens über Flugblättervertheilung und Sammlungen auf Bauten, — an die Polizei. Ob er wohl selber gesammelt und Flugblätter mitvertheilt hat?

**Der Werkführer (Ingenieur) Julius Sobotta,** wohnhaft Müllerstr. 39, 1 Treppe neben der Fabrik, welcher viele Arbeiter und Handwerker beschäftigt, ist ein feinerer Mann. Er behorcht theils persönlich deren politische Gespräche, theils erforscht er dieselben durch Dritte, wissenschaftliche und unwillkürliche Werkzeuge, denen irgendwelche Parteiangellegenheiten oder Vorgänge bekannt oder geprüchweise mitgetheilt wurden. Er berichtet alles zu seiner Kenntnis gekommen an die Polizei. Das klassische Wort, seitens einer bekannten Polizeigröße gelegentlich an „Einen vom ersten Tugend“ geschrieben:

„Ehrenmänner sind wir doch Alle, — nicht wahr?“

findet in diesen zwei Gentleman's der Schule Krüger und v. Rauberode eine treffliche Beleuchtung. Ebenso aber auch die Nothwendigkeit, vor aller Welt Mund zu thun, was neben dem scheinbarsten Sozialistengeheiß aus alten Trieben klemmt, unter der Decke ruht. Die alten Fäden und Schlingen sind noch immer geknüpft.

Kämpft also unbeeitret weiter um die volle Oeffentlichkeit und —

**Hütet Euch!**

**Die eiserne Maske.**

### Briefkasten

Der Redaktion: Briefe und Einwendungen erhalten aus Amsterdam, Cincinnati, Nürnberg, Straßburg, Stuttgart. — J. Wülig in Cinc.: Wir werden das Eingekant nicht aufrechnen, da es, noch ehe es an uns abgehant wurde, von Ihnen dort veröffentlicht worden ist. Außerdem haben wir keine Reingung, was zur Kolportage Ihrer Seiten und Unwahrheiten bezugehen. Außerdem scheint uns der anmahnende Ton, dessen Sie sich bedienen, denn doch gerade von Ihrer Seite sehr wenig am Plage. — Beeizebud: Vielen Dank für Ihre Zusendung, doch scheint uns eine solche Berichtigung der Zahlen nicht zweckmäßig. Wäre es Ihnen nicht möglich, uns ein Gesamtbild des Wahlkampfes bei Ihnen zu liefern, dem man dann die berichtigten Zahlen anfügen könnte?

Der Expedition (Nr. 10): D. H. Rothstr.-Mk. 2,60 f. Schft. erh. — G. Trbh. So. Pavia: Mk. 100. — Ks. Rest per 90 durch W. Gschg. erh. — W. Hoffm. Lond.: Sh. 14.4 f. Schft. u. div. S. D. erh. — F. Pracht. Union Hill: Bekflg. v. 12. am 27/2 abgg. und gemeinsam belafet. Witten mit G. horten zu verrechnen. — Gsch. Schum. Cincinnati: Mk. 15. am 27/2 erh. u. Beilg. effektiv. Ohne die Money Order, die Ihnen Ihr Postmeister gab, kann Geld nicht gehoben werden. Also her damit! Hoffentl. haben Sie's auf Kontah Town Post-Officio zahlbar gemacht? Beil. befohl. — Dtsch. Arb. B. Verein Neuburg: Bericht v. 25/2. Weiteres demnachst. Es wird immerhin gut sein, auch in den schwed. Arbeiterblättern zu warnen. — Berlin: Mk. 400. — a Gto. Ab. x. erh. und Abdr. geord. — M. M. 90. — a Gto. Ab. x. erh. u. Beilg. notirt. Bf. Weiteres. — Ban Kol Gg.: Fr. 74.90 a Gto. Ab. x. per B. u. Jk. erh. — A. Sch. Stp.: Mk. 6.48 Mk. 1/2-1/6 und Schft. erh. — P. T. Paris: Mk. 2.45 Mk. 1. Da. u. Schft. erh. Bf. Weiteres. — G. Hfr. B.: Mk. 2.60 Mk. 1/3-1/6 u. Schft. erh. Weiteres nach Beilg. befohl. — Repomat: Mk. 60. — a Gto. Ab. x. erh. — A. H. G. G. Nürnberg: Sh. 15.7 f. Schft. x. erh. Sdg. abgg. — A. Gruner Charlton: Sh. 2. — Mk. D. G. per 1. Da. erh. — D. B. a. d. Gg.: Mk. 10. — per Ab. 4. Da. x. erh. Bf. nicht. — Pierrot: Mk. 1.60 Ab. per März u. 40 Bfg. Straßburg für den unfrankirten Bf. erh. — A. L. Dhu.: Fr. 11.70 f. Schft. erh. u. Beilg. notirt. Erfragtes siehe Katalog. — Herwegh Sängerbund St. Louis: Doll. 57.40 per Mk. 229.60 f. d. Gemahregellen per „St. Louis Tagblatt“ Bf. erh. u. weiterbefohl. — a Bf. v. Sch. 14. — a Gto. Ab. x. erh. Beilg. freuzte mit Ihrem Bf. v. 27/2. Wir erwarten Ihren Bescheid auf Eingekant. — Widelbanke: 7 Bf. a Gto. Ab. x. erh. u. Beilg. notirt. Cheques und Briefe bitten wir stets nur mit der einfachen Geschäftsadresse E. Bernstein u. Co. versehen zu wollen. — J. G. Amsterdam: Das Blatt liegt bei den Schft. v. 27/2. Beilg. folgt. — Kantblas: Bf. v. 3/3 freuzten. 4 Bf. Bf. erh. Beil. u. Beilg. befohl. — J. A. Fortuna Amstern.: Bf. 2. — a Gto. Ab. 1. Da. x. erh. Beilg. am 3/1 abgag. — Erfenstein u. Spangenberg: Alles befohl.

Fr. 20. — für nach der Schlacht verwundete Krieger von G. B. Winterthur erh. — Glarus: von 3 Müllegetellen Fr. 7. — u. von 3 Schwirgerellen Fr. 1.50 für die Stichwahlen erh. — W. Aden. Jk.: Fr. 5. — a Gto. erh. — Piepenberg: Wo bleibt Berlyproches? — A. F. Pijhm.: Fr. 3.80 Ab. 1. Da. erh. —

(Nr. 11): W. Hoffm. London: Sh. 13.4 f. div. S. D. erh. — Fr. Ghuur. Amsterdam: Das Gewünscht beziehen Sie doch am Einfachsten durch F. A. Fortuna dorten. Als Gratis-Kgitt-Nummer wäre die Festnummer zu kostspielig und grundlegend kaum praktisch. — W. Käte New York: Bf. f. Hl. am 7/3 erh. u. weiterbefohl. — Vaterlen J. Berndt u. Gen.: Wir wissen nicht, ob sie in diesem Falle nicht das verkehrte Mittel anwenden, Ihrer Auffassung den Stempel absoluter Unparteilichkeit für alle Zeiten aufzudrücken. — Rother Apostel: Hoffentl. Kappis mit der Fortsetzung flatter. Daß die Wahl mitspielte, wissen wir wohl, ebenso daß Grotesk geleistet wurde. Bf. mehr. — Rother Wilhelm: Bei direktem Bezug Mk. 4.40 per Quartal. Gassa f. Schft. x. kann eingeschrieben in Papiergeld an bekannte Adresse kommen. — Claudias: Beilg. u. Rechnung folgt. Kostreted angenehm. — G. Keppel hier: 8 Bf. f. Schft. erh. — E. B. O.: Mk. 8.50 f. Ab. 1. Da. u. Schft. erh. u. Rothstr. beilgt. Nachnahmeforderung aus England ist nirgendhin zulässig. — Gajus: Mk. 4. — a Gto. Porto a. d. Bf. erh. u. Nota beilgt. — Kerner Conrad: Mk. 50. — a Gto. Ab. x. erh. u. Abdr. notirt. A. befohl. Bf. mehr. — G. B. G.: Mk. 6.40 Ab. per März, April, Mai u. Schft. erh. Hoffentl. zeigt sich dieses Gutgehen auch im Wachsthum unrer beiderseitigen Freigebodlenen. — G. Br. Frd.: 6 Bf. f. Schft. erh. — A. G. New York: Bf. 16.6.6 (Doll. 80. —) a Gto. Ab. x. erh. u. Vergleich in Angriff genommen. Resultat x. demnachst. — W. Langner Gkago: Siehe Wahlfondzitt in Nr. 7, 9 u. heutiger Nr. Erjay Mk. war bei Eingang des Bf. schon abgegangen. Gruß! — W. M.: Ihre B. A. v. 7. freuzte unrer Bf. v. 10/3. Abdr. u. Beilg. notirt. Reklamirtes wird geordnet. — Geschilde: So schnell schießen natürlich die Preuken noch nicht. Immerhin wird das Eine oder Andere stündl. kommen. Abdr. u. Beilg. notiren u. berichten Weiteres Bf. — Kantblas: Unre Antwort auf Bf. v. 6. freuzte mit Ihrem v. 4/3. 4 Bf. Gw. hier u. Kostreted erwartet. Folgen der Wahlfondsbilmoniren wir u. berichten Erfragtes Bf. — Ballbajer: Mk. 65. — a Gto. Ab. x. erh. u. Beilg. not. Dank f. Ref. 2. Weiteres erwünscht. — A. G. Paris: 90 Gts. erh. für diese Nr. zu spät. — A. G. Charlton: Sch. 2. — 1. Da. f. Schft. erh. Gewünscht folgt. — Utopia: Bf. v. 10/3 erh. Wids ist gegeben worden. W. H. wird kaum aufzutreiben sein. — Brüssel, Ht.: Es war am Play uns über Alles rechtzeitig zu informieren. Bf. Weiteres.

### Wahlfond-Quittung.

Abgeliefert lt. Quittung in Nr. 6 . . . . . Mk. 10,000. —

Zur Weiterbeförderung sind an unsere Adresse ferner eingegangen:

M. Nr. 6 quittirt . . . . .	1,180.35
Cincinnati. Metallarbeiter-Union pr. Fr. Ader Remport Doll. 5. . . . .	20.55
Emilia-Reggio. Lega operaia Socialista locale Fr. 24. — (Schl. 19. —) . . . . .	19. —
St. Louis. „Tageblatt“. Weiteres Ergebnis von Sammlungen Doll. 21.45 . . . . .	85.80
Chicago. Nat. Executive d. S. A. P. N. A. durch A. Hamilton Bf. 18. 15. — . . . . .	375. —
Bon der Soz. Arb. Partei gesammelt per W. Langner (3. Rate) Doll. 24. — per Bf. 4.187 . . . . .	98.56
Boston. Comm.-Arb.-Bildungs-Verein (einschließlich Schl. 16. —/2 vom „Internat. Bildhauer-Verein“ und Schl. 7.6 von „Intern. Cabinetmaler's“ da- selbst) Schl. 30. — . . . . .	30. —
„Gesammelt in einer Schneiderwerkstatt“ . . . . .	13. —
Zusammen Mk. 11,822.26	

### Bestellungen auf die rothe Nummer

bitten wir behufs prompter Nachlieferung ungeräumt anzugeben. Bei Einzelbezug rechnen wir das Exemplar zu 25 Bfg., bei Partienbezug gewähren wir entsprechenden Rabatt.

Convertisendungen erfolgen Doppelposto.

**E. Bernstein & Co.,**  
114 Kentish Town Road, London NW.